

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



IM SPANNUNGSFELD VON AUFARBEITUNG
UND KALTEM KRIEG
Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ 1960 in Berlin

INHALT

- 2 **Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 4 **„Die Wirkung und die Gefahren, die von dem Virus ausgehen, sind nicht vergleichbar mit Kriegsfolgen.“
Ein Gespräch zum 75. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges**
Gerd Kühling / Eleonore Kujawa
- 8 **Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ 1960 in Berlin im Spannungsfeld von Aufarbeitung
und Kaltem Krieg**
Stephan A. Glienke
- 17 **Die offene Ideen-Werkstatt. Ein neues Outreach-Format des Aktiven Museums**
Astrid Homann
- 18 **Zur Ausstellung „Berlin lebt auf! Pressemeldungen zum Nachkrieg“**
Christoph Kreuzmüller
- 20 **Lotte Laserstein (1898-1993).
Eine nicht gehaltene Rede anlässlich der Anbringung einer Berliner Gedenktafel in der Jenaer Straße 3**
Anna-Carola Krausse
- 23 **Publikationen des Aktiven Museums**
- 24 **Impressum**

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Während wir einerseits erleben, dass liberale Demokratien in der Krise bestehen und vernünftiger und angemessener auf die Pandemie reagieren als Staaten mit autokratischen Herrschern oder Tendenzen, sehen wir doch auch voll Sorge, dass in der Bundeswehr und in der Polizei antidemokratische Strukturen existieren. Hierüber hatten wir bei unserem letzten Salon mit Blick auf das Hessische Landeskriminalamt schon diskutiert. Im Frühjahr mussten wir unseren fünften Salon, diesmal zum Thema „Migration im Museum“, aus bekannten Gründen auf den September verschieben. Jens Schley und Lotte Thaa planen ihn nun als „Hybrid“, also als eine Mischung aus realer Veranstaltung im Salon am Moritzplatz und Live-Stream im Internet. Bereits erfolgreich digital unterwegs waren wir im Mai 2020 bei dem ebenfalls aus der Not der Pandemie geborenen Podcast zu „75 Jahre Kriegsende“ der Kulturprojekte GmbH. Dort kamen neben mir auch unser Geschäftsführer Kaspar Nürnberg und unser Mitglied Annegret Ehmann ausführlich zu Wort. Die Beiträge sind unter <https://75jahrekriegsende.berlin/podcast> abrufbar.

Ebenfalls anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung hat Gerd Kühling für diesen Rundbrief mit einem unserer ältesten und treuesten Mitglieder gesprochen. Herzlichen Dank an Eleonore Kujawa für diesen Austausch, der trotz aller Abstandsvorkehrungen während des Lockdowns ganz hervorragend funktionierte: „Die Wirkung und die Gefahren, die von dem Virus ausgehen, sind nicht vergleichbar mit Kriegsfolgen,“ stellt Lore in dem Beitrag fest. 1995 hatte sie bereits in dem Band „Kriegskinder“ von ihren Erlebnissen am Ende des Krieges erzählt. Diese Schrift ist unlängst unter dem Titel „Kriegskinder '45“ neu aufgelegt worden – und in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Mit der Situation im Mai 1945 in Berlin setzt sich auch unsere Ausstellung „Berlin lebt auf! Pressemeldungen zum Nachkrieg“ auseinander. Als zweite Ausstellung in diesem Jahr – nach der Mitte Mai im Rathaus



Gemeinsames Abendessen als integraler Bestandteil unserer Ideen-Werkstatt im Bilgisaray am 21. Februar 2020, die Astrid Homann in diesem Rundbrief Revue passieren lässt.

Tiergarten präsentierten Schau „Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorte in Ost- und West-Berlin“, zu der es auch einen neuen (Wende-)Katalog gibt – wurde sie in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz entwickelt und einige Wochen unter anderem im Foyer der Berliner Zeitung präsentiert. Zwar konnten die Tafeln nur von einer begrenzten Zahl von Interessierten betrachtet werden, dank einer Kooperation just mit einer Tageszeitung aber war das Medienecho trotz der Krise und den damit einhergehenden Einschränkungen groß. Außerdem bleibt die Begleitbroschüre, die wie die Ausstellung von Bettina Kubanek gestaltet wurde, in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz vorrätig.

Wegen der Corona-Pandemie musste leider die feierliche Einweihung der Berliner Gedenktafel für Lotte Laserstein ausfallen. In ihrer Laudatio anlässlich der Anbringung der Tafel in der Jenaer Straße 3 wollte

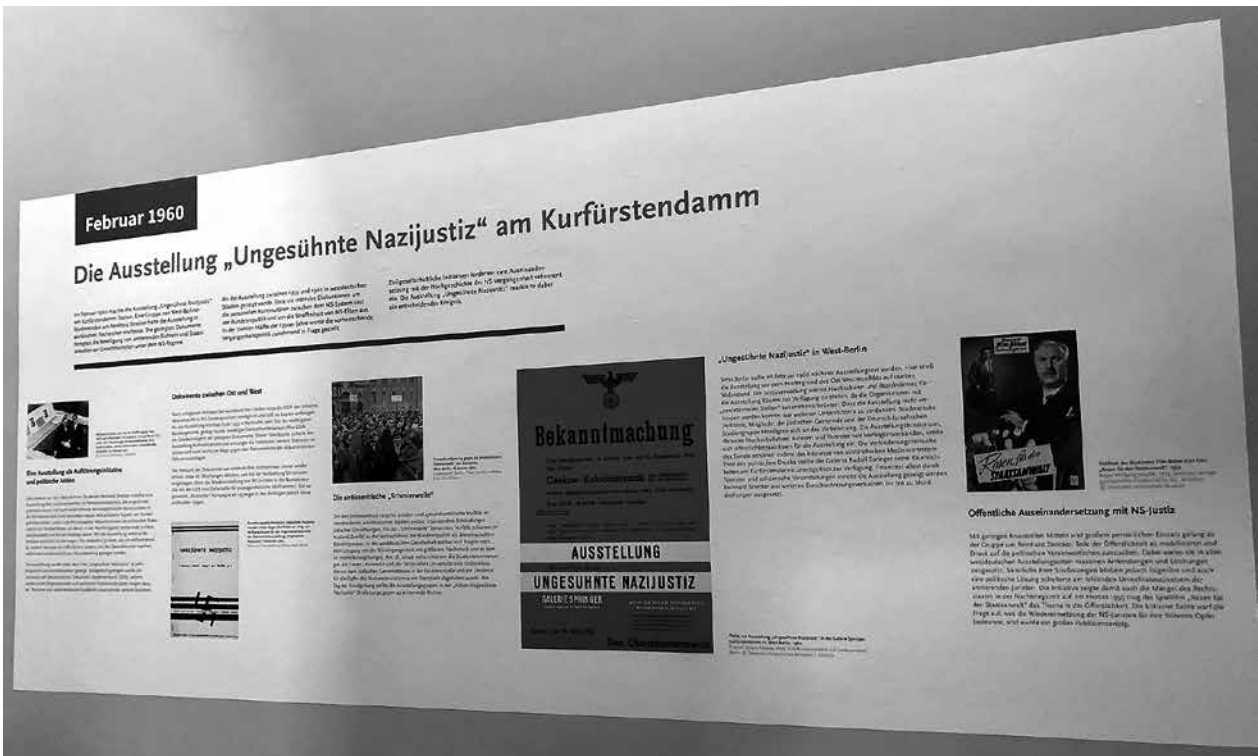
ihre Biografie Anna-Carola Krause diese allzu lange vernachlässigte Berliner Künstlerin der Neuen Sachlichkeit würdigen. Ich danke der Autorin sehr, dass sie uns den Text ihrer nicht gehaltenen Rede zum Abdruck in diesem Rundbrief zur Verfügung gestellt hat.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Eröffnung der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ in West-Berlin berichtet Stephan A. Glienke über diese wegweisende Ausstellung von Reinhard Strecker und anderen und beleuchtet die Kontroversen um ihre Eröffnung im Februar 1960. Erstmals können wir Dank der Recherchen von Gerd Kühling sogar Fotos vom damaligen Ausstellungsort in der Galerie Springer am Kurfürstendamm 16 zeigen. Das Aktive Museum würde es begrüßen, wenn zukünftig auch im Stadtraum dauerhaft an diese Ausstellung erinnert wird – bisher gab es dazu leider nur eine (zumal temporäre, siehe unten) Informations-tafel in der Villa Oppenheim, dem Sitz des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf.

Da es uns absehbar nicht möglich sein würde, in diesem Jahr eine ganz normale Mitgliederversammlung auszurichten, haben wir im Frühjahr den Weg eines laut Corona-Verordnung unter gewissen Bedingungen gestatteten schriftlichen Berichts- und Umlaufverfahrens gewählt, um für die Entlastung des Vorstands wie auch eine Satzungsergänzung und die Aufnahme neuer Mitglieder die Voten aller Stimmberechtigten einzuholen. Wir haben uns dann sehr gefreut, dass das Teilnahmequorum weit übertroffen und die anstehenden Entscheidungen ohne Gegenstimmen getroffen wurden. Herzlichen Dank für Euer Vertrauen!

Ich wünsche uns allen Gesundheit und viel Geduld.

Christoph Kreutzmüller
Vorsitzender



Von Februar bis Juni 2020 wurde im Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim diese Wandtafel zur Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ präsentiert.

**„DIE WIRKUNG UND DIE GEFAHREN,
DIE VON DEM VIRUS AUSGEHEN,
SIND NICHT VERGLEICHBAR MIT
KRIEGSFOLGEN.“**

Ein Gespräch von Gerd Kühling mit Eleonore Kujawa zum 75. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges



Eleonore Kujawa, 2020

Der Tag der bedingungslosen deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 jährte sich jüngst zum 75. Mal. Ursprünglich waren für diesen Tag diverse Gedenkveranstaltungen und Aktionen geplant. Dann jedoch musste alles wegen der weltweiten Corona-Pandemie digital stattfinden oder ganz ausfallen. Bereits in den Wochen zuvor gab es zahlreiche Vergleiche der aktuellen Situation mit den Zuständen im Frühjahr 1945. Über die Angemessenheit einiger dieser Bezugnahmen beziehungsweise die dahinter stehenden Intentionen

werden Gesellschaft und Wissenschaft hoffentlich noch diskutieren. Für diejenigen, die das Ende des Zweiten Weltkrieges persönlich erlebt haben, hatte der 8. Mai unter diesen Vorzeichen vielleicht sogar eine noch größere Bedeutung. In unserem Verein ist unser Gründungsmitglied Eleonore Kujawa eine der wenigen, die über das Frühjahr 1945 berichten können. Das folgende Gespräch fand im April 2020 statt.

In wenigen Tagen steht der 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus an. Du warst damals 14 Jahre alt und hast das Kriegsende in Berlin erlebt. Was sind Deine prägenden Erinnerungen an diese Zeit?

Tag und Nacht im Luftschutzkeller, Warten auf das Ende des Krieges, dauernd Explosions- und Schussgeräusche, Hunger und Müdigkeit, Ängste und Ratlosigkeit der Erwachsenen, mein Unverständnis, dass noch immer einige an eine Wunderwaffe, eine rettende Armee und den „Endsieg“ glaubten. Schon in den vergangenen Kriegsjahren hatte ich so vieles nicht verstanden: Warum mussten deutsche Soldaten die umliegenden Länder zerstören? Warum sollten die Menschen dort sich das gefallen lassen, ohne sich zu wehren? Warum wurden die Menschen anderer Länder plötzlich als „Feinde“ bezeichnet, z.B. die Engländer, deren Sprache ich in der Schule lernte? Die Bombenangriffe auf deutsche Städte waren für mich logisch. Schließlich war auch die Durchsuchung unseres Hauses durch sowjetische Soldaten für mich zwar unheimlich, aber selbstverständlich. Als es plötzlich draußen ruhig war, keine Kriegsgeräusche mehr zu hören waren, gingen wir, meine Mutter mit uns drei Kindern und die anderen Hausbewohner, vor die Haustür. Es war warm und sonnenhell, der Himmel war blau, Vogelstimmen waren zu hören. Dieses Gefühl der Befreiung aus dem Luftschutzkeller ist mir unvergesslich.

Die Internationale Liga für Menschenrechte veröffentlichte 1995 das Buch „Kriegskinder“ mit zehn Überlebensgeschichten, in dem auch Du berichtest. Du warst damals im Vorstand der Liga. Wie kam es zu dieser Publikation?

Als wir uns 1994 dem Jahrestag „50 Jahre nach Kriegsende“ näherten, erinnerte ich mich an die Gedenkwoche „40 Jahre nach dem Novemberpogrom“ 1978, damals koordiniert von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Ich vertrat in den Vorbereitungstreffen die Internationale Liga für Menschenrechte und fand die Zusammenarbeit so vieler Organisationen und das Echo in der Bevölkerung sehr gut. Ich schlug dem Vorstand der Liga vor, diesmal selbst tätig zu werden und eine Berliner Gedenkwoche „Nie wieder!“ zu organisieren. Zu den monatlichen Vorbereitungstreffen kamen immer mehr Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen der Friedensbewegung, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und anderen Gruppen. Die Diskussionen führten zu einer wunderbaren Zusammenarbeit und ergaben eine gute Aufgabenverteilung. Wir konnten eine Broschüre mit einem Programm für die ganze Woche um den 8. Mai 1995 zusammenstellen. Die Liga gab zu diesem Anlass das Buch „Kriegskinder“ heraus, zehn Überlebensgeschichten von Kindern, die den Krieg erlebt hatten.



2015 gab es im Abgeordnetenhaus eine Ausstellung und eine Gedenkveranstaltung „70 Jahre nach der Kapitulation Berlins am 2. Mai 1945“. In dieser Gedenkstunde trugen Schüler und Schülerinnen im Rahmen des Programms Abschnitte aus diesem Buch vor. Danach schrieb ich einen persönlichen Brief an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller mit der Anfrage, ob der Senat eine Neuauflage dieses Buches finanzieren könnte, da die Liga für Menschenrechte nicht die nötigen Geldmittel hätte, das Buch aber bei späteren Gedenkfeiern oder auch im Schulunterricht gut zu gebrauchen sein würde, wenn die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nicht mehr selbst befragt werden können. Wenig später erhielt ich einen Anruf der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und in guter Zusammenarbeit erlebte das Buch seine bis heute erhältliche Neuauflage.

Der 8. Mai ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland höchst unterschiedlich bewertet worden. Als Tag der „Niederlage“ und Tag des „Zusammenbruchs“ oder als Tag der „Befreiung“, der „Besatzung“ oder des „Neubeginns“. Wie hast Du diese Zeit erlebt?

Natürlich ist der 8. Mai für mich der Tag des endgültigen Zusammenbruchs und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur. Ich war neugierig, wie es weitergehen würde. Auch meine Eltern waren froh, dass der Krieg ohne Sieg der Deutschen zu Ende war. Mein Vater kam erst im Sommer schwer krank aus der sowjetischen Gefangenschaft zurück; noch im Januar 1945 war er trotz Krankheit zum „Volkssturm“ eingezogen worden. Zunächst galt es noch lange, den Alltag mit vielen Entbehrungen, Hunger, Stromsperren, stundenlangem Anstehen nach Brot zu bewältigen. In den ersten Tagen mussten wir Wasser aus den umliegenden Kleingärten herbeischaffen. Ich schloss mich anderen Leuten an, wir suchten in zerstörten Fabrikgebäuden nach etwas Essbarem. Wir hatten kaum Nahrungsmittel und lagen viele Stunden am Tag einfach nur hungrig auf dem Bett. Noch lange war die Bevölkerung damit beschäftigt, instandzusetzen und aufzuräumen. Im Sommer begann dann wieder der Schulbetrieb, wenn

auch unter unvorstellbaren, schwierigen Umständen. Ich habe noch heute Bewunderung dafür, wie schnell die sowjetische Besatzungsmacht diesen Neubeginn in Berlin organisierte, nicht nur die Versorgung der Bevölkerung, sondern auch das Wiederaufleben der Kultur. Sicher haben wir später mitbekommen, wie der 8. Mai in Ost-Berlin mit großen Veranstaltungen begangen wurde. Ich kenne aber niemanden, der zu diesen Kundgebungen gegangen ist. Das war kaum Thema. Für viele West-Berliner war stattdessen der Jahrestag des 17. Juni 1953 präsender – nicht zuletzt, weil der 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“ ein Feiertag war.

Das Aktive Museum hat in der Vergangenheit zum Jahrestag des Kriegsendes wiederholt Aktionen durchgeführt. An welche dieser Aktivitäten kannst Du Dich als Gründungsmitglied besonders gut erinnern?

Ich konnte nicht an allen Aktivitäten teilnehmen. Besonders in Erinnerung sind mir die Aktion „Nachgraben“ im Jahr 1985 und die Mahnwache „Stoppt den Bau-Stopp“ im Mai 2004. Es war immer ein bewegendes Gefühl, mit den Freundinnen und Freunden gemeinsam Aufmerksamkeit zu erreichen für unser wichtiges Ziel. Ich war seit dem Beginn der öffentlichen Diskussion über den „Umgang mit dem Gestapo-Gelände“ als Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte daran beteiligt. Unser damaliger Präsident Erwin Beck war als Kreuzberger Politiker sehr engagiert. Wir vertraten die Ansicht, dieser Ort sollte ein Ort der Aufklärung über die Täter und ihre Verbrechen werden, nicht ein Mahnmal für die Opfer oder gar für nur eine Opfergruppe. Wir brachten in die Diskussionen einen Plan für ein „Carl-von-Ossietzky-Friedenszentrum“ ein, unter dem wir uns eine Jugendbegegnungsstätte vorstellten mit der Aufgabe, durch Aufklärung über die NS-Verbrechen zu Demokratie und Frieden zu motivieren. Ich denke, die Topographie des Terrors erfüllt genau diesen Anspruch.

Ich erinnere mich auch an andere Aktivitäten zum 8. Mai. Im Jahr 1980 war ich bei einer Pressekonferenz



Von Ernst Volland gestaltetes Plakat zur Großkundgebung an der West-Berliner Gedächtniskirche am 8. Mai 1985

von Initiativen gegen das politische Programm des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß. 1985 gab es eine große Friedensdemonstration in Berlin, bei der Dorothee Sölle, Jesse Jackson und ein sowjetischer Germanist sprachen. Am 8. Mai 2000 lud die Topographie des Terrors zu einer Pressekonferenz wegen des drohenden Bau-Abbruchs des Dokumentationszentrums ein. 2005 war ich in der Urania bei einer Filmveranstaltung zum Tag der Befreiung und 2012 in der Gedächtniskirche bei einem Konzert des Vereins musica reanimata zugunsten der Restaurierung einer Orgel in Theresienstadt. Den 8. Mai werde ich auch weiterhin für mich als Tag der Befreiung wahrnehmen.

Vor einigen Wochen konstatierte Bundeskanzlerin Angela Merkel, Deutschland stehe angesichts der aktuellen Corona-Krise vor der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Erreichen solche Worte junge Menschen noch? Wie steht

es nach Deiner jahrzehntelangen Erfahrung als Lehrerin um das Wissen bei Jüngeren zum Zweiten Weltkrieg?

Über das Wissen junger Menschen kann ich wenig sagen, ich bin seit fast drei Jahrzehnten nicht mehr im Schuldienst. Seit vielen Jahren werde ich von der Ruth-Cohn-Schule in Charlottenburg jeweils zum 27. Januar eingeladen, mit angehenden Erziehern und Erzieherinnen über mein Thema „Erziehung zur Demokratie“ zu diskutieren. Natürlich spreche ich dann über meine Erfahrungen als „Kriegskind“ und über die Lehren, die ich für mich daraus gezogen habe, immer in der Hoffnung, dass solche Diskussionen positiv in Erinnerung bleiben. Die Bemerkung der Kanzlerin, Deutschland stehe vor der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg, halte ich für eine sehr missverständliche Formulierung. Meint sie, der Krieg war eine Herausforderung? Der Krieg war ein Verbrechen! Meint sie die Zeit danach? Da gab es nicht nur eine Herausforderung, sondern im Laufe der Jahrzehnte viele. Meint sie die Einschränkungen, die für die Bevölkerung angeordnet werden? Die Wirkung und die Gefahren, die von dem Virus ausgehen, sind nicht vergleichbar mit Kriegsfolgen.

Was denkst Du, wenn Du solche Bezugnahmen hörst? Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen der aktuellen und der damaligen Situation oder überwiegen die Unterschiede?

Die wirtschaftliche Situation, die Möglichkeiten der Kommunikation, die medialen Einflüsse, die leider oft zu kurz kommende, aber doch zu berücksichtigende politische Bildung, das Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, alle diese Faktoren sind nicht vergleichbar mit dem, was 1945 nach dem Krieg nicht vorhanden war. Die Unterschiede sind so groß, dass es nach meiner Auffassung keine Gemeinsamkeiten der Herausforderungen gibt. Ja, der zurzeit übliche Abschiedsgruß „Bleib‘ gesund!“ erinnert mich natürlich an den in den letzten Kriegsmonaten verbreiteten Abschiedsgruß „Bleib‘ übrig!“, aber die Bekämpfung eines Virus ist nicht vergleichbar mit Kriegsgeschehen. Natürlich ist

die Bevölkerung verunsichert über die Zukunft, die Regierung steht vor schwierigen Entscheidungen, um die wirtschaftlichen Folgen zu bewältigen. Forschung und Wissenschaft sind besonders gefragt, und die im Bildungsbereich Tätigen werden Kraft und Fantasie brauchen, um die neu entstandenen Ungleichheiten der Chancen für die Zukunft auszugleichen. Dennoch kann ich Frau Merkels Vergleich nicht nachvollziehen. 1945 standen wir vor dem wirtschaftlichen und politischen Nichts mit vielen verschiedenen Möglichkeiten, wie es politisch hätte weitergehen können. Die Zukunft wurde zunächst bestimmt von den Besatzungsmächten. Heute haben wir eine demokratisch gewählte Regierung. Wird es gelingen, die Probleme nicht als Ausrede zu nutzen, viel größere Probleme nicht zu bearbeiten? Ich denke an die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, an die vielen Flüchtlinge, an die Zustände in den Flüchtlingslagern und an die bedrohlichen Umweltschäden.

Ich mache mir große Sorgen um die Demokratie in der Europäischen Union. Als wir Schülerinnen und Schüler uns damals über unsere Kriegserlebnisse unterhielten, sagten wir: „Wenn es die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ gäbe, hätten wir nie wieder Krieg.“ Zurzeit erleben wir Rückschritte des Demokratieverständnisses. Viele Menschen geben sich damit zufrieden, dass Gesetze und Verordnungen ohne Diskussion mit einer wachsamem Opposition verkündet werden. Es ist leider bequem, sich einfach zu fügen, ohne selbst viel nachzudenken. Ich hoffe, dass die Politikerinnen und Politiker so klug sind, unsere Demokratie nicht dem Virus und wirtschaftlichen Interessen zu opfern.

Die 1930 in Berlin geborene Pädagogin Eleonore Kujawa wurde 1970 die jüngste Schulleiterin West-Berlins. Von 1974 bis 1977 war sie als Berliner GEW-Landesvorsitzende die erste Frau in einer solchen Gewerkschaftsfunktion. Später wirkte sie als Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte und war auch an der Gründung des Aktiven Museums beteiligt.

Dr. Gerd Kühling schreibt und forscht zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. Er ist Vorstandsmitglied im Aktiven Museum.

DIE AUSSTELLUNG „UNGESÜHNTE NAZIJUSTIZ“ 1960 IN BERLIN IM SPANNUNGSFELD VON AUFRÄUMUNG UND KALTEM KRIEG



Reinhard Strecker, Initiator der „Ungesühnten Nazijustiz“, vor einem Ausstellungsplakat, 1960

Wer Ende Februar 1960 von der Gedächtniskirche den Kurfürstendamm hinunter ging, unter gleißendem Neonlicht, an Straßenkreuzern und Zeitungskiosken vorbei Richtung Café Kranzler, stieß kurz vor der Ecke Joachimstaler Straße auf ein einfaches weißes Schild, kaum zwei Quadratmeter groß, gestützt von einem zusammengenagelten Holzgestell: „Ausstellung Ungesühnte Nazi-Justiz, Galerie Springer, durch das Haus über den Hof“.

Die kleine Galerie im Hinterhof des Hauses Kurfürstendamm 16, kaum größer als ein Wohnzimmer,

präsentierte seit dem 23. Februar 1960 nicht wie sonst avantgardistische Kunst, sondern eine historisch-politische Ausstellung. Bereits einige Monate zuvor hatte sie in Karlsruhe für Furore gesorgt. In den folgenden Wochen sollte sie Presse, Öffentlichkeit und Politik in Berlin beschäftigen. Ausgestellt waren Kopien von mehr als hundert Verhandlungsprotokollen der nationalsozialistischen Sondergerichte, zusammengefasst in einfachen Schnellheftern in grün und rosarot, ausgelegt auf sechs zusammengeschobenen Holztischen und einer Tischtennisplatte. An den Wänden hingen statt Bildern von Künstlern wie Dietmar Lemcke, Reg Butler oder Heinz Trökes kleine weiße Zettel zur Orientierung: „Urteile gegen Juden“ – „Wehrkraftzersetzung“ – „Unterstützung von Verfolgten“ – „Sozialdemokraten“. Angeklagt und zum Tode verurteilt: Widerstandskämpfer, Juden, Fremdarbeiter, Hausfrauen, die Taten: nicht selten kleine Vergehen und Bagatelldelikte, kleinere Diebstähle, Schwarzschlachtungen, Handgemenge. Die Geschehnisse der ausgehenden 1950er-Jahre und insbesondere des Winters 1959/60 taten ihr Übriges, die Aufmerksamkeit auf diese kleine, mit einfachsten Mitteln erstellte Ausstellung zu lenken, die aus wenig mehr bestand als aus rund hundert Schnellheftern mit Kopien, die eine Gruppe West-Berliner Studentinnen und Studenten zusammengetragen hatte, jeweils versehen mit einer Auflistung der Namen der an dem Urteil beteiligten Richter und Staatsanwälte, sowie dem Vermerk des damaligen Einsatzortes und Ort und Tätigkeit nach 1945. Der besondere Schwerpunkt der Ausstellung lag auf dem Nachweis, dass die an den Unrechtsurteilen beteiligten Richter und Staatsanwälte weiterhin innerhalb der westdeutschen und West-Berliner Justiz Dienst taten und damit das Ansehen und das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaates gefährdeten. Zum auch von internationalen Presseberichten begleiteten Skandal gerieten überdies die letztlich erfolglosen Bemühungen der West-Berliner Senatsverwaltung für Justiz, die Ausstellung zu verhindern.

Als die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ am 23. Februar 1960 in West-Berlin eröffnet wurde, war die Frage der Spätwirkungen des Nationalsozialismus in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit präsenter



„In der Galerie Springer am Ku-Damm werden wir und 40 unserer Kollegen als Nazi-Blutrichter gebrandmarkt. Wenn da zufällig Willy Brandt vorbeikommt.“ — „Na und? Dann weiß er wenigstens, was er an uns hat.“ Zeichnung: Schmitt

Karikatur von Erich Schmitt in der, in Ost-Berlin erscheinenden „Berliner Zeitung“ vom 28. Februar 1960

als in den Jahren zuvor. In den vorangehenden Jahren hatten die Fälle Hans Globke und Theodor Oberländer und einzelne Skandale um ehemalige Angehörige von SA und Gestapo in der westdeutschen Polizei oft nur kurzzeitig die Aufmerksamkeit der Medienöffentlichkeit geweckt. Mit dem Jahreswechsel 1959/60 hatte sich die Situation grundlegend geändert. Die Häufung antisemitischer Vorfälle in jenem Winter hatte unter dem Schlagwort „Schmierwelle“ die Aufmerksamkeit der internationalen medialen Öffentlichkeit geweckt. Tageszeitungen in England, Frankreich, Italien, den USA, der Schweiz und in vielen anderen Ländern schilderten die Vorkommnisse.

Das Thema der wiederamtierenden ehemaligen NS-Juristen war bereits 1957 von der DDR-Propaganda aufgegriffen worden. Der Ost-Berliner Ausschuss für Deutsche Einheit präsentierte seither in schöner Regelmäßigkeit Broschüren. Die Bändchen mit Titeln wie „Nazi-Blutrichter im Dienste des Adenauer-Regimes“ umfassten Namenslisten der Beschuldigten sowie sporadische Faksimile-Auszüge aus Personal- und Gerichtsakten aus der NS-Zeit samt Aktenzeichen. Die

Broschüren wurden von Behörden und westdeutscher Presse weithin als substanzlose Propaganda abgetan. Sie weckten jedoch das Interesse eines West-Berliners: Reinhard Strecker, Student der Indogermanischen Sprachwissenschaften an der Freien Universität, wollte sich selbst einen Eindruck verschaffen. Nachdem er sich beim Landgericht Celle erfolglos bemüht hatte, Akten aus der NS-Zeit einsehen zu dürfen, wandte er sich über die Berliner Militärmission der Tschechoslowakei in der Limonenstraße 27 an das Prager Justizministerium. Doch auch die tschechoslowakischen Behörden verweigerten ihm den Zugang zu den in der ČSR lagernden Sondergerichtsakten. Sie verwiesen Strecker an den Ost-Berliner Ausschuss für Deutsche Einheit. Dem Ausschuss also, der auch für die „Blutrichter“-Kampagne der DDR verantwortlich zeichnete.

Ende 1958 fuhr Strecker zum ersten Mal in die Friedrichstraße 169/170. Dort, in den Räumen des Ausschusses für Deutsche Einheit, sichtete er die Akten, aus



Reinhard Strecker inmitten des Akten-Materials, 1960

denen die Faksimiles der Propaganda-Broschüren erstellt worden waren. Nicht lange und Strecker hatte knapp 3.000 Kopien von Sondergerichtsakten beisammen – der Grundstock für die spätere Ausstellung. Zunächst bereitete er jedoch eine Petition an den Deutschen Bundestag vor, in der er um Auskunft über die Wiederbeschäftigung ehemaliger Juristen und Mediziner des NS-Regimes, deren Überprüfung und gegebenenfalls Entfernung aus dem Amt bat. Als er seine Petition am 12. Februar 1959 dem Konvent der Freien Universität vorstellen wollte, forderte Universitätsrektor Gerhard Schenck die Studierendenvertreter auf, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Gegenüber dem Konventsvorsitzenden Hüske hatte er erklärt, die Gremien der studentischen Selbstverwaltung hätten nicht das Recht zur politischen Stellungnahme. Der Rektor sei der einzige Vertreter der Universität nach außen. Die Studierendenvertreter waren nicht bereit, eine Einschränkung des Rechts auf politische Meinungsäußerung hinzunehmen. Die Petitionsaktion wurde mit breiter Mehrheit angenommen und fand auch die Unterstützung des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Eine Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Petitionen wurde von Professor Schenck auf dem Gelände der Universität untersagt. Trotzdem sammelten die Studierenden in den folgenden Wochen und Monaten insgesamt 2.000 Unterschriften und konnten auch Dozenten für ihr Projekt gewinnen. So unterzeichneten unter anderem die Professoren Helmut Gollwitzer, Wilhelm Weischedel, Ernst Heinitz und Ernst Fraenkel. Als die Petition schließlich im November 1959 eingereicht wurde, bereitete Reinhard Strecker bereits sein nächstes Projekt vor: Mit einer Gruppe Studierender hatte er Material für eine Ausstellung zusammengestellt, die in zahlreichen Städten in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezeigt werden sollte. Den Auftakt machte zunächst Karlsruhe.

Als Sitz der obersten deutschen Gerichte schien die Wahl des Ortes naheliegend. Schon im Vorfeld äußerte sich die konservative Presse offen kritisch. Die Wochenzeitung *Christ und Welt* warf den Ausstellungsmachern vor, sich „als Trojanische Eselsfüllen von Pankow benutzen zu lassen“. Kaum dass die Ausstellung am 27. November 1959 in der Karlsruher Stadthalle eröffnet

wurde, mussten die Ausstellungsmacher umziehen. Die Stadtverwaltung hatte den Vertrag gekündigt. Die Studierenden kamen in der Gaststätte „Krokodil“ in der Karlsruher Innenstadt unter. Trotz aller Schwierigkeiten verbuchten die Studierenden in Karlsruhe einen ihrer größten Erfolge. Generalbundesanwalt Max Güde hatte Interesse an ihren Dokumenten und lud Reinhard Strecker in seine Amtsräume ein, wo er sich das Ausstellungsmaterial zeigen ließ. In einem anschließenden Fernsehinterview bezeichnete er das Ausstellungsmaterial als „ganz offensichtlich echt“. Der größte Vorwurf, möglicherweise gefälschtes Material der ostdeutschen Propaganda auszustellen, war somit durch einen allgemein anerkannten Gewährsmann aus dem Weg geräumt.

In den Wochen nach der Karlsruher Ausstellung überschlugen sich die Ereignisse: Die Schändung der Kölner Synagoge in den Weihnachtsfeiertagen 1959 machte den Auftakt zu einer Reihe antisemitischer Zwischenfälle im gesamten Bundesgebiet, in deren Rahmen Synagogen, Häuserwände und Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert wurden. Auch in Berlin wurden ähnliche Vorfälle gemeldet. In der Nacht zum 3. Januar 1960 schrieben Unbekannte NS-Symbole und Parolen auf einer Litfaßsäule in Berlin-Schmargendorf, in der folgenden Nacht wurde ein Hakenkreuz an einer Wohnungstür in der Kantstraße in Charlottenburg gemalt. Es folgten weitere Zwischenfälle in fast allen West-Berliner Bezirken, hunderte im gesamten Bundesgebiet. Angesichts der Jugend vieler Täter wurden insbesondere in der britischen Presse Stimmen laut, die einen neuen Antisemitismus in Deutschland heraufziehen sahen und die Frage aufwarfen, ob die deutsche Gesellschaft wirklich aus der Vergangenheit gelernt hatte. In West-Berlin entwickelte sich der Steinplatz zum Zentrum des öffentlichen Protests gegen die antisemitischen Vorfälle. Seit dem 4. Januar 1960 hielten die „Falken“ Wache, um das Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus vor möglichen Schändungen zu schützen. Am 8. Januar fand auf dem Steinplatz die Endkundgebung für die mit 40.000 Teilnehmenden bis dahin größte Demonstration gegen Neonazismus und Antisemitismus statt. Am 18. Januar versammelten sich

vormittags rund 3.000 Studierende und Professoren aller West-Berliner Hochschulen vor dem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Nordende des Steinplatzes zu einer Demonstration gegen Antisemitismus und Neonazismus.

Ebenfalls am 18. Januar 1960 erstatteten Reinhard Strecker und sein Karlsruher Kommilitone Wolfgang Koppel im Auftrag des SDS Strafanzeigen gegen ehemalige NS-Justizjuristen wegen des Verdachts auf Rechtsbeugung in Tateinheit mit Totschlag und boten umfassendes Beweismaterial an. Staatsanwaltschaften im gesamten Bundesgebiet und in West-Berlin mussten sich nun mit konkreten Einzelfällen befassen und Ermittlungen aufnehmen. Zahlreiche Tageszeitungen führten die Namen der 43 Angezeigten auf. Häufig wurden dabei die Namen derjenigen hervorgehoben, die für das jeweilige Einzugsgebiet von Bedeutung waren. Im Falle Berlins waren dies Amtsgerichtsrat Martin Classen, Oberamtsrichter Johann Dannegger, Oberstaatsanwalt Herbert Hennig und Staatsanwalt Karl-Heinz Domann. Die Fälle waren bereits im Zuge der Berichterstattung über die DDR-Propaganda in der Presse behandelt worden. Hennig und Domann waren nach Bekanntwerden ihrer Mitwirkung an Todesurteilen des Volksgerichtshofs bereits seit Februar 1959 beurlaubt und Mitte Juni 1959 vom Dienst suspendiert worden. Seither liefen Dienststrafverfahren gegen die beiden. Im Zuge der Strafanzeigen von Strecker und Koppel wurden die Fälle von der Presse erneut aufgegriffen.

Nur wenige Tage nach Eingang der Anzeigenaktion wandte sich Reinhard Strecker an die Senatsverwaltung für Justiz mit der Bitte, bei einer Ausstellung der bereits in Karlsruhe gezeigten Dokumente in West-Berlin behilflich zu sein. In einer brisanten Phase des Ost-West-Konflikts stießen die Studierenden in der „Frontstadt“ durchaus nicht nur auf Unterstützer. Am 29. Januar 1960 lud Landgerichtsrat Kaiser, der Pressesprecher von Justizsenator Valentin Kielinger (CDU), Reinhard Strecker und zwei Kommilitonen in sein Büro und warnte eindringlich davor, die zuvor in Karlsruhe gezeigte Ausstellung nun auch in Berlin zu präsentieren. Eine solche Veranstaltung leiste nur den propagandistischen Zielsetzungen des Ostens

Vorschub. Noch am selben Tag warnten die Senatoren für Volksbildung und Justiz die Rektoren der West-Berliner Hochschulen und die Bezirksämter der Stadt in einem Rundschreiben vor der von den Studierenden geplanten Ausstellung. Die Rektoren Otto R. Schnutenhaus von der Technischen Universität und Schencks Nachfolger Eduard Neumann an der Freien Universität wurden gebeten, den Studierenden keine Räume für die Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Die Organisatoren seien von „sowjetzonaler Seite inspiriert“. Das Vorhaben stelle einen „Akt öffentlicher Agitation zugunsten sowjetzonaler Stellen“ dar.

Erst wenige Tage zuvor war FU-Rektor Neumann als Redner bei der studentischen Protestveranstaltung gegen Antisemitismus und Neonazismus auf dem Steinplatz aufgetreten. Doch obwohl sich der Konvent der Freien Universität mit großer Mehrheit für die Ausstellung ausgesprochen hatte, untersagte er nun die Durchführung der „Ungesühnten Nazijustiz“ in den Räumen der Universität. Nachdem der Ausstellung der Weg in die Hochschulen verwehrt war, erklärte sich Bezirksbürger-

Bundesarchiv, Bild Nr. 183-71106-0003

Die hier und auf der folgenden Doppelseite abgebildeten Fotografien dokumentieren die konzentrierte Atmosphäre in der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ in der Galerie Springer am Kurfürstendamm 16.

meister Willy Kressmann (SPD) bereit, sie im Rathaus Kreuzberg zu präsentieren. Auf schriftliche Weisung des Justizsenators zog er seine Zusage jedoch zurück. Zunächst hatte der ehemalige Schuldirektor eines der Studierenden zugesagt, die Ausstellung in seiner Schule zu präsentieren. Der Wilmersdorfer Bezirksbürgermeister Wilhelm Dumstrey (CDU) intervenierte und verwies auf das Rundschreiben der Senatsverwaltung für Justiz. Die Zusage wurde daraufhin ebenfalls zurückgezogen.

Schließlich stellte der Galerist Rudolf Springer den Ausstellungsinitiatoren seiner Kunstgalerie am Kurfürstendamm 16 zur Verfügung. Auch hier versuchte der Berliner Senat die Rücknahme der Zusage zu veranlassen. Zudem wurde versucht, die Hausbesitzerin dazu zu bewegen, die Veranstaltung zu untersagen oder der Galerie den Vertrag zu kündigen, da die Ausstellung dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (SPD) in einer politisch schwierigen Zeit in den Rücken falle. Rudolf Springer

Bundesarchiv, Bild Nr. 183-71106-0001

gab dem Druck jedoch nicht nach und überließ den Studierenden für die Dauer von vierzehn Tagen kostenlos seine Charlottenburger Galerie und kam auch für die während dieser Zeit von Auslandskorrespondenten geführten Telefonate auf. Die Ausstellung wurde am 23. Februar 1960 eröffnet und war bis zum 7. März zu sehen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade die erfolglosen Bemühungen des Senats, die Ausstellung zu unterbinden, die Aufmerksamkeit der Medien weckte.

Einige ausländische Journalisten waren vom Auswärtigen Amt in die Stadt eingeladen worden, um über den Stand der Berlin-Krise informiert zu werden. Auf einem Empfang erfuhren sie nun von einem Vertreter der Liga für Menschenrechte von der Aktion „Ungesühnte Nazi-justiz“ und besuchten daraufhin die Ausstellung in der Galerie Springer. Man mag sich die Überraschung des West-Berliner Senats vorstellen, als ausgerechnet die vom Auswärtigen Amt eingeladenen Journalisten Willy



Bundesarchiv, Bild Nr. 183-71106-0002

Brandt bei einer abendlichen Cocktailparty mit Fragen zur „Ungesühnten Nazijustiz“ bedrängten. In Verlegenheit gebracht, versicherten der Regierende Bürgermeister und die Vertreterin des Innensenators Joachim Lipschitz (SPD), in West-Berlin herrsche Meinungsfreiheit. Man spreche sich daher weder für noch gegen die Ausstellung aus. Derweil forderte Dr. Joachim Tiburtius (CDU), der Senator für Volksbildung, die Lehrkräfte West-Berlins auf, die Ausstellung zu meiden. Der Pressechef der Berliner Justizverwaltung, Landgerichtsrat Kaiser, erklärte am 24. Februar gegenüber der Presse, das in der Ausstellung gezeigte Material sei der Justizverwaltung bereits seit länger Zeit bekannt, die Staatsanwaltschaft der Sowjetzone habe auf mehrfache Bitte um Amtshilfe bei der Verfolgung von NS-Verbrechen auf dem Wege des normalen Rechtshilfeverkehrs jedoch nicht reagiert. Wenn nun das gleiche Material für eine Ausstellung zur Verfügung gestellt werde, so verfolgten die östlichen Stellen damit offenbar das Ziel, das Ansehen der Justiz in Frage zu stellen und die politische Ordnung in West-Berlin zu stören. Die Veranstalter beabsichtigten offenbar, den Zielen der kommunistischen Propaganda Vorschub zu leisten. Als Hauptinitiator der Ausstellung war Reinhard Strecker bald Ziel von Anfeindungen. Er erhielt Drohbriefe. In einem heißt es: „Judensau Strecker, haben Sie keine Angst, daß mal ein kleiner Autounfall vorkommen könnte?“¹

Dass es in der Frontstadt des Kalten Krieges nicht zu der vom Berliner SDS-Landesverband befürchteten Auseinandersetzung mit dem Vorstand der Berliner SPD, noch – wie in Karlsruhe – zu einem neuerlichen Konflikt mit der Bundespartei kam, ist wohl zumindest zum Teil auf die Beteiligung von Repräsentanten der Berliner jüdischen Gemeinde an der Organisation der Veranstaltung zurückzuführen. Dem Ausstellungs-Kuratorium gehörten namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an, wie unter anderem die Professoren Helmut Gollwitzer, Wilhelm Weischedel, Ossip K. Flechtheim, Hans Reif, Dietrich Goldschmidt und Rudolf Sühnel.² Zudem wurde die Ausstellung von zahlreichen Organisationen unterstützt, unter anderem vom „Bund politisch, rassistisch, religiös Verfolgter“ (Bund-PRV) und der Deutsch-Israelischen Studiengruppe an der FU Berlin.³

Hatte sich das Ausstellungs-Komitee in Karlsruhe noch im Hintergrund gehalten, ergriffen die Mitglieder des Berliner Ausstellungskuratoriums medienwirksam Partei. Am 25. Februar 1960 widersprach der Philosophie-Professor Wilhelm Weischedel im Namen des Kuratoriums in einer öffentlichen Erklärung scharf den von der Justizverwaltung gegen die hauptverantwortlichen Studenten erhobenen Vorwürfen. Inhalt und Form der Äußerung der Justizverwaltung, so Weischedel, ließen die Frage entstehen, „ob damit die Verbrechen der Nazijustiz gedeckt und der demokratischen Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen“. Das Kuratorium werde Schritte unternehmen, „um den Justizsenator zu hindern, weiterhin demokratische Persönlichkeiten zu diffamieren“. Es entspann sich ein Abtausch öffentlicher Stellungnahmen zwischen dem Kuratorium und der Senatsverwaltung für Justiz. Letztere verwahrte sich gegen den Vorwurf, Mitglieder des Kuratoriums oder die an der Ausstellung beteiligten Verbände angegriffen zu haben. Sie betonte jedoch zugleich, die Ausstellung widerspreche zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Interessen West-Berlins, da sie der neuerdings verstärkt gegen Behörden der Bundesrepublik gerichteten Propaganda des Ostens Vorschub leiste. Das Kuratorium hingegen nahm die studentischen Organisatoren und die Ausstellung gegen die Vorwürfe der Justizverwaltung in Schutz.

Am 26. Februar wandte sich die Berliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte an die Fraktionen von SPD und CDU im Berliner Abgeordnetenhaus und bat um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung des in der Ausstellung gezeigten Materials. In der Ausstellung befinde sich schwer belastendes Material gegen Persönlichkeiten, „die heute noch in der Berliner Rechtsprechung tätig“ seien. In dem Schreiben, das vom Vizepräsidenten der Liga, dem Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willy Kressmann (SPD) und Professor Hans Reif (FDP) – beide Mitglieder des Ausstellungskuratoriums – unterzeichnet worden war, protestierten sie auch gegen die „Tendenz der Stellungnahme des Justizsenators gegenüber dem Kuratorium und den Veranstaltern der Ausstellung. Man sollte die unbequemen Tatbestände lieber untersuchen,

anstatt diejenigen, die sie aufzuhellen versuchen, als ‚von sowjetzonaler Seite inspiriert‘ zu verdächtigen.“

Ebenso wie in Karlsruhe war auch die Ausstellung in West-Berlin chronisch unterfinanziert. Die Studenten bestritten das Vorhaben aus eigenen Mitteln, doch auch Kopien und Plakate wollten bezahlt sein. Hier half das Kuratorium, insbesondere Wolfdietrich Schnurre. Der Schriftsteller fand sich bereit, am 4. März 1960 in der Galerie Springer aus seinen jüngsten Werken vorzutragen. Die eingenommenen Eintrittsgelder kamen der Ausstellung zur Deckung der Unkosten zugute. Am 7. März wurde die Ausstellung schließlich geschlossen. Für den 21. März 1960 war die Neueröffnung in einem Ladenlokal in der Stendaler Straße 5 in Berlin-Moabit geplant. Noch am 19. März wandten sich Ossip K. Flechtheim, Wilhelm Weischedel und Curt Radlauer schriftlich an Justizsenator Valentin Kielinger und fragten an, ob die Senatsverwaltung für Justiz beabsichtige, die Echtheit der in der Ausstellung gezeigten Dokumente, die unter anderem zwölf West-Berliner Juristen belasteten, zu überprüfen. Die Vertreter des Kuratoriums teilten mit, es lägen Angebote zur Durchführung der Ausstellung in New York, London und Tel Aviv vor. Die Entscheidung, die Dokumente im Ausland zu zeigen, werde man aber bis zur Rückmeldung des Justizsenators zurückstellen. Als kurz nach Eröffnung am zweiten Berliner Ausstellungsstandort in der Stendaler Straße zwei Mitarbeiter Reinhard Streckers ohne Wissen des Ausstellungs-Kuratoriums die Unterlagen nach Amsterdam brachten und der sozialistischen niederländischen Studentenvereinigung Politeia für Ausstellungsprojekte übergaben, zog sich das Berliner Ausstellungs-Kuratorium, das sich bisher sehr engagiert für die Studierenden und ihre Aktion eingesetzt hatte, zurück. Ob oder in welchem Umfang die Ausstellung danach noch in der Stendaler Straße präsentiert wurde, ist ungeklärt.

Es folgten weitere Ausstellungen in zahlreichen anderen Städten. Nicht selten stießen die Studierenden auch dort auf energische Gegenwehr von Stadt- und Hochschulverwaltung oder gar Landesministerien für Kultus und Justiz. Als wenige Wochen nach der

Berliner Ausstellung Studierende der Tübinger Eberhard-Karls-Universität eine ähnliche Veranstaltung planten, bestellte das Stuttgarter Justizministerium Vertreter der beteiligten Studentenverbände SDS und LSD ein, um sie von dem Vorhaben abzubringen. Auch beim Universitätsrektor wurde interveniert. Als Dokumente der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ im Juni 1961 in Freiburg gezeigt werden sollten, schalteten sich die Landesministerien für Justiz und Kultus sowie der lokale Richterbund ein. Schließlich konnten die Unterlagen in beiden Städten gezeigt werden, allerdings nicht unter dem Titel „Ungesühnte Nazijustiz“ und mit entschärftem Inhalt: Die Namenslisten, die über die Tätigkeit der beteiligten Justiz-Juristen vor und nach 1945 Auskunft gaben, fehlten.

Die nachfolgenden Ausstellungen wurden nur noch in der lokalen Presse behandelt. Eine derart große öffentliche Aufmerksamkeit wie in Karlsruhe oder Berlin erreichte die Ausstellung nicht wieder. Ihr Ziel hatte sie aber zumindest zum Teil erreicht: Sie hatte die politische Belastung wiederamtierender ehemaliger NS-Juristen zum öffentlichen Thema gemacht. Zudem dienten die gesammelten Dokumentenkopien dem Bundestagsrechtsausschuss zur Grundlage für die Debatte um den Umgang mit den belasteten Beamten. Die 43 Strafanzeigen zwangen Staatsanwaltschaften im gesamten Bundesgebiet zu ermitteln, und die Rechtsausschüsse der Bundesländer mussten sich mit den Ergebnissen jener Ermittlungen befassen. Am Ende stand §116 Deutsches Richtergesetz vom 8. September 1961, der die Möglichkeit zur vorzeitigen Pensionierung von Richtern schuf, die zur Zeit des Nationalsozialismus an der Strafrechtspflege mitgewirkt hatten. Immerhin 149 Richter machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Reinhard Streckers Engagement wurde erst spät gewürdigt: Am 24. August 2015 wurde ihm in Anerkennung um seine Verdienste zur Aufklärung der bundesdeutschen Öffentlichkeit über NS-Verbrechen das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.⁴ In einer Pressemitteilung erklärte der amtierende Bundesminister für Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas: „Mit

seiner legendären Ausstellung 'Ungesühnte Nazijustiz' hat Reinhard Strecker 1959 in privater Initiative das getan, was die westdeutsche Nachkriegsjustiz viel zu lange versäumt hat: die Täter in den eigenen Reihen zu ermitteln und anzuklagen.“⁵

Die Geschichte der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ stimmt nachdenklich, weil die Abwehr öffentlicher Proteste von Schülerinnen und Schülern, von Studentinnen und Studenten bis heute dem gleichen Muster folgt: Sie zielt auf die Jugend der Akteure ab, unterstellt Weltfremde, Naivität, vermutet Hintermänner und Strippenzieher. Aber sie weckt auch Hoffnung, da sie zeigt, dass sich ein langer Atem lohnen kann und der engagierte Hinweis auf gesellschaftliche Defizite auch mit geringen Mitteln einen Wandel herbeiführen kann.

Stephan A. Glienke

Der Historiker und Politikwissenschaftler Dr. Stephan A. Glienke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History in Schleswig.

1) Zit. nach Anon: „Judensau Strecker!“, in: Stimme der PRV, März 1960 S. 3. Siehe auch Willi Kinnigke: Drohbrieffe an Schrecken der NS-Richter, in: Frankenpost vom 8. März 1960

2) Weitere Mitglieder waren Margherita von Brentano, Adolf Burg, Axel Eggebrecht, Heinz Galinski, Günter Grass, Probst Heinrich Grüber, Willy Kressmann, Erich Müller-Gangloff und Wolfdietrich Schnurre. Später kamen noch Fritz Borinski, Kurt Funk, Marga Schoeller, Hans Scholz, Eva Schwimmer sowie Herbert Komm, der Präsident des Berliner Landessozialgerichts, hinzu. Vgl. Aufstellung in: SfJ Berlin Az. 2200/1-I/B. 14 (Bd. II) Bl. 59.

3) Zudem wurde die Ausstellung unterstützt von der Evangelischen Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte, dem Landesvorstand der Gewerkschaftlichen Studenten-Gemeinschaft Berlin, dem Liberalen Studentenbund (LSD), dem Bundes- und Landesvorstand des SDS, sowie vom Studentischen Arbeitskreis „Das Argument“. Vgl. Aufstellung in: SfJ Berlin Az. 2200/1-I/B. 14 (Bd. II) Bl. 60.

4) Reinhard Strecker erhält Verdienstmedaille am Bande. Pressemitteilung vom 25. August 2015. URL: <https://www.berlin.de/sen/archiv/kultur-2011-2016/2015/pressemitteilung.357137.php>

5) Bundesverdienstkreuz für Reinhard Strecker. Pressemitteilung vom 25. August 2015. URL: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/08252015_Bundesverdienstkreuz_Strecker.html

Literatur zum Thema

Stephan A. Glienke: Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959-1962) – Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen, Baden-Baden 2008.

Stephan A. Glienke: Clubhaus 1960: Szenen einer Ausstellung. Konfliktlinien der Tübinger Ausstellung „Dokumente zur NS-Justiz“ als Vorgeschichte des studentischen Faschismuskurses, in: Hans Otto Binder (Hg.): Die Heimkehrtafel als Stolperstein. Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit in Tübingen, Tübingen 2007, S. 115-132.

Michael Kohlstruck: Das zweite Ende der Nachkriegszeit. Zur Veränderung der politischen Kultur um 1960, in: Gary S. Schaal / Andreas Wöll (Hg.): Vergangenheitsbewältigung. Modelle der politischen und sozialen Integration in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, Baden-Baden 1997, S. 119-123.

Michael Kohlstruck: Reinhard Strecker – „Darf man seinen Kindern wieder ein Leben in Deutschland zumuten?“, in: Claudia Fröhlich / Michael Kohlstruck: Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht, Münster 1999, S. 185-212.

Gottfried Oy / Christoph Schneider: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie, Münster 2013.

DIE OFFENE IDEEN-WERKSTATT

Ein neues Outreach-Format des Aktiven Museums

Das Aktive Museum lebt davon, dass sich viele mit ihren Ideen, ihrem Engagement, ihren Erfahrungen und ihren Kenntnissen in die gemeinsame Arbeit einbringen. Initiativen und Einzelpersonen sollen die Strukturen für ihre Projekte nutzen können, soweit sie zu den Vereinszielen passen. Um diesen Grundgedanken zu unterstützen, fand am Abend des 21. Februar 2020 die erste offene Ideen-Werkstatt des Aktiven Museums im Bilgisaray statt. Das Bilgisaray ist ein nicht-kommerzieller Stadtteilladen in Kreuzberg mit einer Kiezküche, in der zusammen gekocht und gegessen werden kann. Mitglieder und Interessierte waren zu einem gemeinsamen Essen eingeladen, um im Anschluss daran in Kleingruppen über aktuelle und zukünftige Projekte des Aktiven Museums ins Gespräch zu kommen, zu netzwerken, sich gegenseitig zu inspirieren und Ideen zu entwickeln.

Mit der Ideen-Werkstatt wird ein Prozess fortgesetzt, der bereits im Jahr 2017 mit der „Zukunftswerkstatt“ begonnen wurde. Dort diskutierte das Aktive Museum anlässlich seines 30-jährigen Bestehens die Frage „Ein Dritteljahrhundert Aktives Museum. Wie soll die Reise weitergehen?“¹ In Folge wurde der Verein als offene Arbeitsplattform neu definiert, es entstanden partizipative Angebote wie die Salons, in denen Mitglieder und Interessierte aktuelle geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Fragestellungen diskutieren.²

Zur offenen Ideen-Werkstatt kamen neben teils langjährigen und eher neueren Mitgliedern auch überraschend viele Nicht-Mitglieder zusammen, die beispielsweise in der Initiative „Omas gegen rechts“ engagiert sind, interessierte Studierende und Promovierende, eine Ausstellungsgestalterin, eine wissenschaftliche Archivmitarbeiterin, sowie zwei Vertreter*innen des Online-Projekts „Mapping the Lives“. Je nach Interesse fanden sich Kleingruppen zu Themen wie „Rechtsextremismus und Erinnerung an rechte Gewalt nach

1945“, dem Verhältnis des Aktiven Museums zu einem zukünftigen „Exilmuseum“ am Anhalter Bahnhof, der Entwicklung eines nachhaltigen Readymades einer prototypischen Wanderausstellung, dem Vorschlag einer Aktivierung eher unbekannter, kleinerer Gedenkorte mittels einer „Langen Nacht der Gedenkorte“ sowie zum geplanten Erinnerungsprojekt an nationalsozialistische Krankenmorde in der „Landesheilstalt Meseritz-Obrawalde“.³ Die Ideen-Werkstatt ist selbstredend nicht dazu angetan, die verschiedenen Themen erschöpfend zu behandeln, sondern bei Bedarf separate, langfristige Arbeitsgruppen zu bilden und Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wegen der Corona-Pandemie ist diese Vernetzungsarbeit aktuell etwas ins Hintertreffen geraten, soll aber baldmöglichst wieder aufgenommen werden.

Der derzeitige Vorbereitungskreis der Ideen-Werkstatt setzt sich aus Julia Brandt, Cornelia Siebeck, Jens Schley und Astrid Homann zusammen. Wir beabsichtigen, das Format als offenen Treffpunkt zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch sowie für die Planung neuer Projekte aus der Mitgliedschaft und dem Nahumfeld des Aktiven Museums weiter zu etablieren und zu verstetigen. Der Vorbereitungskreis ist offen für Interessierte. Wer sich angesprochen fühlt, möge sich gerne in der Geschäftsstelle melden.

Astrid Homann

Astrid Homann, Vorstandsmitglied im Aktiven Museum, arbeitet als Ausstellungsmacherin und in der historisch-politischen Bildung.

1) vgl. Editorial, in: Mitgliederrundbrief 77, Juli 2017.

2) vgl. Cornelia Siebeck: Miteinander ins Gespräch kommen. Der erste „Salon“ des Aktiven Museums diskutierte Perspektiven der kritischen Geschichtsbearbeitung, in: Mitgliederrundbrief 79, August 2018.

3) vgl. Robert Parzer: Die Landesheilstalt Meseritz-Obrawalde. Ein polnisches Krankenhaus erinnert ohne Hilfe aus Deutschland an Opfer der NS-Krankenmorde, in: Mitgliederrundbrief 81, August 2019.

ZUR AUSSTELLUNG „BERLIN LEBT AUF! PRESSEMELDUNGEN ZUM NACHKRIEG“



„Who wants yesterday’s papers?“, fragte Mick Jagger auf einem der frühen Rolling Stones-Alben. Seine Antwort: „Nobody in the world“. Die 1960er-Jahre verhießen einen neuen Lebensstil. Die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges schienen überwunden, das Alte überkommen und abgeschüttelt. Nun, nochmals fünfzig Jahre später, lautet die praktische Antwort auf Jagers eher metaphorische Frage allerdings: All jene, die einen tieferen Einblick in die Lebensumstände vergangener Zeiten gewinnen wollen. Fast mehr noch als Aktenbestände bilden Zeitungen ab, was Tagesgespräch gewesen ist und was die Leserinnen und Leser wussten – oder doch wissen konnten. Hierzulande werden die historischen Zeitungen endlich digital erschlossen – und damit besser nutzbar. Auch in Ausstellungen des Aktiven Museums werden Zeitungen immer häufiger zu Recherchen und als Ausstellungsobjekte genutzt.

In dieser Ausstellung, die eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Aktiven Museums und der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in den zurückliegenden Monaten erarbeitet hat, dienen Zeitungsmeldungen der Berliner Zeitung aus dem Mai 1945 als Bezugspunkt.

Zwölf Jahre lang lebten die Berlinerinnen und Berliner mit zunehmend eingeschränkten und immer tiefer eingefärbten Informationen. Das Hören ausländischer Radiosender war ebenso streng verboten wie die Lektüre ausländischer Zeitungen. Der Berliner Gauleiter und Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, hatte die deutsche Presse brutal in den Dienst des NS-Regimes gestellt. Doch die Nationalsozialisten zerstörten nicht nur die großartige, demokratische Kultur der kritischen Berichterstattung: Sie schränkten auch den Kreis der Zeitungslisenden immer weiter ein. Jüdinnen und Juden durften ab 1942 ebenso wenig eine Zeitung lesen, wie beispielsweise Hunderttausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem Osten Europas.

Lange bevor die Druckhäuser und die Redaktionen im Zeitungsviertel rund um die Jerusalemer Straße in Trümmern versanken, war der Glanz der einstigen Zeitungsmetropole verblasst und verloren. Peter de Mendelssohn, maßgeblich am Wiederaufbau der Presse in der britischen Besatzungszone beteiligt, hat diese Entwicklung in dem Band „Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse“ aus eigener Anschauung wehmütig beschrieben. Ullstein- und Mosse-Verlag wurden als jüdisch diffamiert und ebenso rasch wie rücksichtslos unter Kontrolle der Nationalsozialisten gebracht. Die altehrwürdige Vossische Zeitung gab 1934 auf. Fünf Jahre später wurde das ehemals hoch angesehene, liberale Berliner Tageblatt eingestellt. Die letzte Zeitung, die etwas Distanz zum NS wahrte, wurde nicht in Berlin, sondern in Frankfurt produziert: die finale Ausgabe der Frankfurter Zeitung wurde im August 1943 ausgeliefert. Je schlechter die militärische Lage aus deutscher Sicht, desto hanebüchener die Berichte der verbliebenen Blätter. Auch die allerletzte Ausgabe

der letzten NS-Zeitung in Berlin strotzte vor Lügen: Der Sieg und Ersatztruppen seien nahe, man müsse nur durchhalten, so die Parole des „Panzerbärs“. Dieses „Kampfblatt für die Verteidiger Groß-Berlins“ wurde am 29. April 1945 in den wenigen Teilen des Stadtzentrums verbreitet, die noch nicht befreit waren.

Die Rote Armee musste sich mit ihren Befehlen direkt an die Bevölkerung wenden und wollte diese für sich einnehmen. Nur elf Tage nach der Kapitulation der deutschen Truppen in Berlin erschien am 13. Mai 1945 bereits eine erste Armeezeitung, die „Tägliche Rundschau“. Die „Berliner Zeitung“ folgte am 21. Mai 1945. In der frühen Phase bestand „die Berliner“ nur aus vier täglichen Seiten. Vor allem sowjetische Offiziere und einige ehemalige Widerstandskämpfer bildeten die Redaktion. Auch wenn sie das Design des Berliner Tageblatts aufnahm, ist sie zu allererst ein Propagandainstrument. Entsprechend betonte das Blatt die positiven Seiten der Besatzung, brachte in jeder Ausgabe ein Stalin-Zitat, aber erwähnte Übergriffe und Massenvergewaltigungen von Rotarmisten mit keinem Wort.

Trotz alledem ist die Berliner Zeitung eine wertvolle Quelle. Unmittelbar nach der Befreiung wurden in der Zeitung Ereignisse und Problemlagen erwähnt, die den gesellschaftlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus bis heute prägen. Wir haben einige Artikel aus den ersten sechs Ausgaben dieser Zeitung ausgewählt und die dort erwähnten Sachverhalte bis in die heutige Zeit fortgeschrieben.

Wegen der Corona-Pandemie haben wir die Ausstellung quasi stillschweigend im ersten Stock der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz eröffnet. Dank einer Kooperation mit der Berliner Zeitung – und dort besonders mit Unterstützung von Maritta Tkalec und Tobias Miller – wurde die Ausstellung aber zum 75-jährigen Jubiläum des Blattes am 21. Mai auch online gestellt und zudem in einer RollUp-Banner-Version im Verlagshaus in der Alten Jakobstraße gezeigt. In der Druckversion der Berliner erschienen zudem ab dem 21. Mai 2020 fünf ganzseitige Artikel

von Mitgliedern der Arbeitsgruppe, so dass die kleine Ausstellung trotz aller Einschränkungen eine wirklich große Reichweite hatte – und in Form des existierenden Begleitbandes auch noch weiterhin haben wird.

Dass der Titel „Berlin lebt auf!“, der der Hauptüberschrift des Blattes am ersten Erscheinungstag entspricht, bereits für eine großartige Ausstellung der Fotografien von Eva Kemlein gedient hatte, die 2016 in der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum zu sehen war, ist uns zu spät wieder eingefallen. Dafür haben wir uns bei den dortigen Kolleginnen entschuldigt und können auch den Katalog zu dieser Ausstellung, der vor vier Jahren im Hentrich & Hentrich Verlag erschienen ist, nur allen ans Herz legen.

Christoph Kreutzmüller

Dr. Christoph Kreutzmüller ist Historiker und Pädagoge in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und Vorsitzender des Aktiven Museums.

LOTTE LASERSTEIN (1898-1993)

Eine nicht gehaltene Rede anlässlich der Anbringung einer Berliner Gedenktafel in der Jenaer Straße 3



Lotte Laserstein vor einem Selbstporträt, um 1928, Fotografin: Traute Rose

Vielleicht erinnern Sie sich. Als im letzten Jahr die vom Städel Museum konzipierte Ausstellung „Lotte Laserstein. Von Angesicht zu Angesicht“ zunächst in Frankfurt am Main und danach in Berlin und Kiel zu sehen war, reagierten die Medien enthusiastisch. In Presse und Kulturjournalen schwärmte man von Lasersteins stillen, eindringlichen Porträts, ihren subtil komponierten Malerin-Modell-Darstellungen, dem selbstbewussten Blick, den sie auf die „Neue Frau“ der Weimarer Republik warf – als welche sich die emanzipierte Malerin, die um des Berufes Willen auf Ehe

und Familie verzichtet hatte, sicher auch selbst gesehen hat – und pries die handwerkliche Meisterschaft ihrer sinnlichen, stets etwas melancholischen Malerei, die der sonst unterkühlten Neuen Sachlichkeit einen neuen Ton hinzufügt. Kurz: Laserstein wurde als große Wiederentdeckung gefeiert, eine Wiederentdeckung, die – das sei hier vermerkt – mit der bereits 2003 vom Verborgenen Museum organisierten Retrospektive „Lotte Laserstein. Meine einzige Wirklichkeit“ im Berliner Museum Ephraim-Palais ihren Anfang genommen hatte.

Ähnlich begeistert wie kürzlich fielen die Urteile zu Lotte Lasersteins Kunst schon einmal aus. Vor fast hundert Jahren. Im Berlin der zwanziger Jahre staunte man über die junge Malerin, die „Akte hinlegt, wie ein Alter“, rühmte die „große Könnerin“ als „vielversprechendes Talent“ und orakelte: „Lotte Laserstein. Diesen Namen wird man sich merken müssen!“. Der von der Kunstkritik prophezeite „glanzvolle Aufstieg“ scheiterte jedoch nur wenig später an den politischen Bedingungen. Aufgrund ihrer jüdischen Großeltern väterlicherseits und des aus einer jüdischen Familie stammenden, zum Christentum konvertierten Großvaters mütterlicherseits galt die ebenfalls im christlichen Sinne erzogene Laserstein in der perfiden Portionslogik des nationalsozialistischen Rassenwahns als „Dreivierteljüdin“ und wurde nach 1933 zunehmend aus dem öffentlichen Kunstleben ausgeschlossen.

So blieben der Malerin, die 1927 als eine der ersten Frauen ihr Studium an der Berliner Kunstakademie (damals Vereinigte Staatsschulen für freie und angewandte Kunst) abgeschlossen hatte, nur gut fünf Jahre des freien, unbehinderten Arbeitens. In dieser kurzen Zeitspanne entstanden all jene Werke, die heute als Glanzpunkte ihres fast sieben Jahrzehnte umfassenden Lebenswerks gelten. Ein quantitativ und vor allem qualitativ höchst beeindruckender Output.

Lotte Laserstein war jedoch nicht nur „hoch talentiert und bienenfleißig“ – wie es ihr Lehrer, der 1939 nach England emigrierte Maler und Grafiker



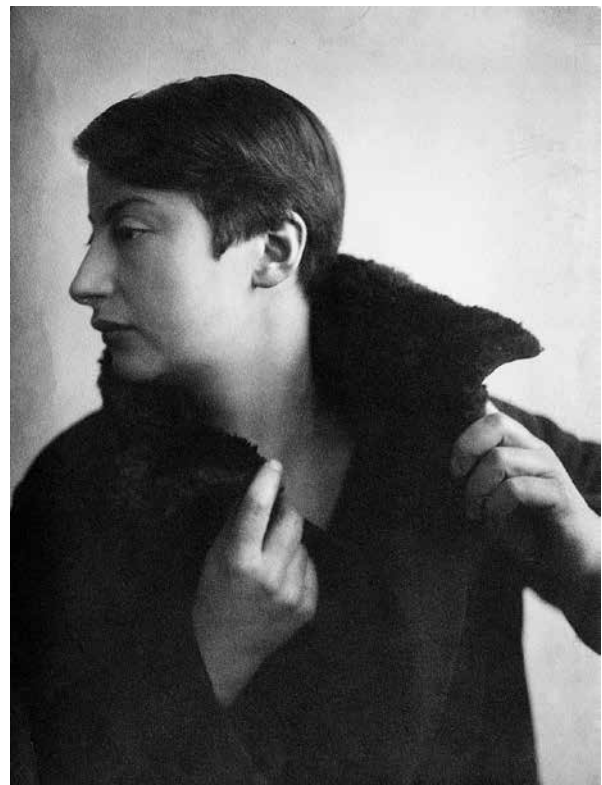
Erich Wolfsfeld, einst in einer Beurteilung formulierte –, sondern auch eine geschickte Netzwerkerin. Ihre Mitgliedschaft im Verein der Berliner Künstlerinnen, zu dessen Vorstand sie zeitweilig gehörte, sowie ihr Engagement im Deutschen Staatsbürgerinnenverband und im Deutschen Lyceum-Club verschafften ihr von Beginn an vielfältige Ausstellungsmöglichkeiten und ließen den Kundenkreis beständig wachsen. Zwischen 1927 und 1933 sind heute über 20 Ausstellungsbeteiligungen in und außerhalb Berlins nachweisbar; 1931 erfolgte die erste Einzelausstellung in der renommierten Galerie Gurlitt. Allein vom Verkauf ihrer Werke konnte Laserstein gleichwohl nicht leben.

Zur Sicherung des Unterhaltes hatte die praktisch veranlagte Malerin daher unmittelbar nach Studienabschluss eine kleine private Malschule gegründet, in der sie angehende Akademiestudentinnen und -studenten auf die Aufnahmeprüfungen vorbereitete. Als nach 1933 die Ausstellungsmöglichkeiten wegbrachen und die Malerin keine Porträtaufträge mehr ausführen durfte, hielt die Schule sie über Wasser. Als auch diese 1935 verboten wurde, war für Laserstein die bisherige Berufsausübung praktisch unmöglich geworden. Sie gab ihr Atelier auf, zog in eine kleine Wohnung hier in der Jenaer Straße 3 und arbeitete fortan als Kunstlehrerin an der jüdischen Privatschule von Luise Zickel.

Angesichts der immer prekärer werdenden Lebensumstände hatte Laserstein seit Mitte der dreißiger Jahre die Flucht aus Deutschland erwogen, sich aber immer

wieder dagegen entschieden, da sie ihre betagte, früh verwitwete Mutter und die zwei Jahre jüngere Schwester Käte nicht allein zurücklassen mochte.

Die sich ihr 1937 bietende Chance, anlässlich einer Ausstellung in der Stockholmer Galerie Moderne Deutschland mit einigen ihrer bedeutendsten Werke verlassen zu können, ergriff die gerade 39 Jahre alt gewordene Künstlerin dann doch. Glücklicherweise. Auch wenn mit dem schweren Herzens erfolgten Gang ins Exil, das Leben, wie Laserstein rückblickend formulierte, „in zwei Stücke zerbrach“, so bedeutet er doch „die Rettung“. In Schweden konnte sie sich eine neue, wenngleich lange nicht so erfolgreiche neue Existenz aufbauen. Ihre unermüdlichen Versuche, auch Mutter und Schwester ins sichere Schweden zu holen, scheiterten indes. Die Mutter Meta wurde 1943 im Konzentrationslager Ravensbrück ermordet, Käte überlebte Krieg und Verfolgung in einem Berliner Versteck.



Lotte Laserstein, um 1928, Fotografin: Traute Rose



Lotte Laserstein, 1934, Fotografin: Traute Rose

Laserstein auch deren dokumentarischen Nachlass beherbergt, oder in der Neuen Nationalgalerie, wo nach der Wiedereröffnung des Mies-van-der-Rohe-Baus auch Lasersteins Hauptwerk „Abend über Potsdam“ (1930) in neuem Glanz erstrahlen wird.

Anna-Carola Krausse

Die Kunstwissenschaftlerin Dr. Anna-Carola Krausse ist die Verfasserin der grundlegenden Laserstein-Monografie und des Lotte-Laserstein-Werkverzeichnisses.

Nach Deutschland kehrte Laserstein nach dem Krieg nur besuchsweise zurück, eine Remigration kam nicht in Frage. Zu viele schreckliche Erinnerungen verbanden sich für sie mit diesem Land. Ihre erste Reise in die einstige Heimatstadt unternahm sie 1954. Welch Überwindung sie diese gekostet hat, illustriert der Bericht eines Freundes, dem sie später anvertraute, dass sie nach der Ankunft in Berlin lange gezögert habe, überhaupt aus dem Zug auszusteigen. Schließlich überwand sie sich, doch war der Besuch eine erschütternde Enttäuschung. Das Berlin, ihr Berlin, wie sie es in Erinnerung hatte, gab es nicht mehr.

Das heutige Berlin nun erinnert sich der Malerin, deren Karriere hier ebenso vielversprechend begann wie abrupt endete. Nicht nur mit dieser Tafel, deren Anbringung dem Engagement des Aktiven Museums e.V. zu danken ist, sondern auch dank der Werke, die inzwischen Eingang in Berliner Museen gefunden haben. Besuchen Sie Lotte Laserstein also doch nicht nur hier an ihrem letzten Berliner Wohnort, sondern auch in einem ihrer musealen Zweitwohnsitze: In der Berlinischen Galerie, die neben zwei wunderbaren Gemälden von

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

7,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender
Marion Goers stellvertr. Vorsitzende
Dr. des. Karoline Georg
Astrid Homann
Dr. Gerd Kühling
Christine Kühnl-Sager
Angelika Meyer
Dr. Ruth Preusse

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Dr. Gerd Kühling, Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH
www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro
Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEV3333

Bildrechtenachweis

- Titel Privatarchiv Reinhard Strecker, Berlin
S. 2 Astrid Homann, Berlin
S. 3 © Rainer Bieling, Berlin
S. 4 Carola Klingbeil, Berlin
S. 5 Joseph Wulf Bibliothek in der Gedenk- und Bildungsstätte
Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin
S. 6 © Ernst Volland, Berlin
S. 8 Privatarchiv Reinhard Strecker, Berlin
S. 9 Berliner Zeitung, Archiv;
Privatarchiv Reinhard Strecker, Berlin
S. 11 Bundesarchiv, Bild Nr. 183-71106-0003, Fotograf: Zehe
S. 12 Bundesarchiv, Bild Nr. 183-71106-0001, Fotograf: Zehe
S. 13 Bundesarchiv, Bild Nr. 183-71106-0002, Fotograf: Zehe
S. 18 Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz,
Berlin, Fotograf: Eike Stegen
S. 20 © Lotte-Laserstein-Archiv Krause, Berlin
S. 21 Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.,
Fotograf: Kaspar Nürnberg;
© Lotte-Laserstein-Archiv Krause, Berlin
S. 22 © Lotte-Laserstein-Archiv Krause, Berlin

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de